

zehn Jahren, wovon circa 2,4 bis 2,5 Billionen Euro Abschreibungsbedarf allein auf Deutschland entfallen. Man kann sich den daraus resultierenden Steuerausfall errechnen.

Warum fragen Sie in Ihrer Beschlussempfehlung nicht, wie gesunde Staaten solche Steuerausfälle kompensieren sollen? Kranke Südstaaten schaffen die Kompensation eh nur noch mit der Hilfe und Haftung unserer Bürger. Die EU ist und bleibt das beliebteste Ziel grüner Weltrettungsfantasten, während das Ausbaden der realen Konsequenzen vor Ort die nationalen Kompetenzen trifft und in nationaler Kompetenz bleibt. Auch deshalb kann unsere Fraktion die vorliegende Beschlussempfehlung nicht mittragen. Wir fordern eine klare Haltung zu den wirklichen Sorgen und Nöten der Bürger im Lande. Deswegen möge das Plenum heute beschließen, die Beschlussempfehlung zum Green Deal abzulehnen. Gott bewahre unsere Heimat vor diesem Wahnsinn, der in den geplanten Anhörungen mit Sicherheit noch deutlicher zum Vorschein treten wird.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion. – Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die COVID-19-Krise birgt in sich die Chance, dass Europa die Weichen für die Zukunft neu stellt. Die gegenwärtige Wucht der COVID-19-Pandemie ist auch ein Bumerang mangelnder Sicherheitsstrukturen überall auf der Welt, mangelnden politischen Weitblicks und fehlender Strukturen der Vorsorge. Kapitalistische Entsolidarisierung hat vielerorts auf der Welt das öffentliche Wohl, die Sicherheit und die Volksgesundheit zusätzlich in Bedrängnis gebracht. Das ist auch die Folge eines Versagens der Politik, des Versagens von Neoliberalismus und Deregulierung und das Ergebnis des Primats des Profits. Es bedarf einer solidarischeren Gesellschaft und neuer Wirtschaftsmodelle, die einen besseren Geist der internationalen Zusammenarbeit zur Folge haben.

Die Post-Corona-Welt muss eine andere sein als die bisherige: sozialer, gemeinwohlorientierter, innovativer und nachhaltiger. Das erfordert einen neuen sozial-ökologischen Pakt, der von nachhaltiger Entwicklung und Wertschöpfung, sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechten getragen wird. Es muss ein sozial-ökologischer Pakt sein, der den gemeinsamen ökologischen und kulturellen Reichtum unseres Kontinents verantwortungsvoll ausbaut. Wir wollen politisch darauf hinarbeiten, dass die Nach-Corona-Welt von starken Bündnissen öffentlicher und privater Akteure geprägt sein wird, für die wirtschaftlicher Fortschritt und ökologische Verantwortung keine Gegensätze sind oder gar gegeneinander ausgespielt werden. Wenn sich die vorherrschende Situation fortsetzt, dann werden sich die Bedingungen der Ungleichheit und der Armut in der Welt ebenso vertiefen, wie sich der Klimawandel unaufhaltsam fortentwickeln wird. Für uns ist deshalb klar: Nachhaltige wohlförderung entsteht nur durch die zentrale, stimulierende Kraft von Gemeinwohlorientierung, staatlicher Daseinsvorsorge und Verantwortung gegenüber unserer Schöpfung. Ja, wir müssen die Epoche beenden, in der das Wachstum obszönen Reichtum bei wenigen und Armut bei vielen zementiert hat. Es ist eine Epoche, in der natürliche Ressourcen rücksichtslos ausgebeutet wurden, ebenso wie die menschliche Arbeitskraft.

Der Green Deal kann zu einem Epochensprung einen wichtigen Beitrag leisten. Mit jedem Jahr steigt die Temperatur der Atmosphäre und verändert sich das Klima. 1 Million der 8 Millionen Arten auf dem Planeten droht zu verschwinden, Wälder und Ozeane werden verschmutzt und zerstört. Deshalb formuliert unsere sozialdemokratische Umweltministerin Svenja Schulze die richtigen Ziele: Europa soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden. Das ist ein langer Weg. Deshalb

begrüßen wir den Vorschlag des Zwischenziels in der Europäischen Union, bis 2030 die Emissionen auf 50 bis 55 % gegenüber 1990 zu reduzieren. Dazu brauchen wir ein umfassendes Maßnahmenpaket. Dazu zählen Investitionen in klimafreundlichere Infrastrukturen und auch eine angemessene CO₂-Bepreisung. Nachhaltige Investitionen schonen aber nicht nur das Klima und fördern die Artenvielfalt. Sie machen unsere Volkswirtschaften stärker und unsere Industrien effizienter und zukunftsfester, als sie vor der Krise waren. Die Werkzeuge neuer Technologien gibt es bereits. Sie sind Schätze der Moderne und der Innovation. Diese Schätze gilt es jetzt zu heben.

Deshalb begrüßen wir es als SPD, dass die Europäische Union im Billionen-Maßstab investieren will in zukunftssichere Energiesysteme, in klimaverträgliche Verkehrssysteme, in faire und gesunde Lebensmittel, in eine kreislaforientierte Wirtschaft, in die Modernisierung unserer Industrie und in die Modernisierung unserer Kommunen. Es geht um Klimaschutz, Innovation und Beschäftigung. Nutzen wir die Chance, unser Land, unseren Kontinent, unsere Welt nicht nur aus der Krise zu führen, sondern in einer globalen Vorreiterrolle in eine bessere Zukunft

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Christoph Skutella von der FDP-Fraktion auf.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das große Ziel des Green Deals der EU-Kommission ist die Klimaneutralität unseres Kontinents. Diese müssen wir nach dem Ziel des Pariser Klimaabkommens auch einhalten, um bis zum Jahr 2050 unseren Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel einhalten zu können. Dazu stehen auch wir Freie Demokraten. Jedoch liegt hier noch einiges im Dunkeln. Das war auch beim Klimaschutzgesetz der Staatsregierung der Fall. So stellte die Kommission bisher ihre Strategien zur Industrie, Kreislaufwirtschaft, Biodiversität und Landwirtschaft vor. Es fehlen aber noch wichtige Bereiche wie die Mobilität, der Gebäudesektor oder das Null-Schadstoff-Ziel.

Einerseits ist die angekündigte Ausweitung des Emissionshandels ein äußerst positives Signal. Vor einigen Wochen veröffentlichte die Deutsche Emissionshandelsstelle die Zahlen für 2019, und es zeigt sich wieder einmal, dass der Emissionshandel das effizienteste Instrument für den Klimaschutz ist. Andererseits ist beim Green Deal jedoch nicht klar, wie genau diese Ziele der angekündigten Strategien erreicht werden sollen. So wird zwar die Halbierung des Pestizideinsatzes auf landwirtschaftlichen Flächen bis 2030 angestrebt, aber die genauen Maßnahmen hierzu werden erst 2021 vorgestellt. Man plant, für eine innovative Industrie die Wasserstofftechnologie zu stärken. Eine Strategie dazu ist aber noch nicht in Sicht. Auch ein Vorschlag für eine CO₂-Grenzsteuer liegt noch nicht auf dem Tisch. Die meisten dieser Ziele sind also mehr als Ankündigungen zu verstehen und noch nicht in Stein gemeißelt. Bei gewissen Themen hat auch das EU-Parlament ein Wörtchen mitzureden, besonders bei der Erhöhung der Klimaziele. Wir sollten daher abwarten, bis die Details der Strategien veröffentlicht werden und wir diese aus bayerischer Sicht bewerten können. Dabei müssen wir aber durchaus kritisch gegenüber allzu großen Eingriffen in unsere Wirtschaft sein. So sind die Flottengrenzwerte für Pkw ein Beispiel für einen zu restriktiven und innovationsfeindlichen Eingriff in die Unternehmensfreiheit. Zudem sollten in den Grenzwerten neben elektrisch angetriebenen Autos auch solche mit E-Fuel- oder Wasserstoffantrieb einbezogen werden.

Meine Damen und Herren, die Beschlussempfehlung der Regierungsfractionen zum Green Deal ist uns aber aus einigen Gründen etwas zu negativ formuliert, zu